

Protokollauszug öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 28.04.2020

Zu Ö 3 Bericht von Verwaltung und Freien Trägern der Jugendhilfe zu den Auswirkungen der aktuellen Corona-Situation auf Kinder, Jugendliche und Familien

Frau Schwier erläutert, dass die aktuelle Corona-Situation für alle Bereiche des Fachbereiches Kinder, Jugend und Schule extrem herausfordernd und komplex sei, auch da fast täglich neue Regelungen veröffentlicht werden würden. Sie betont, dass sämtliches Handeln des Fachbereiches stets an drei übergeordneten Aspekten ausgerichtet würde: 1. Die vom Land NRW vorgegebenen Erlasse und Verordnungen würden stets berücksichtigt, 2. es würden zudem die Vorgaben der Medizin und der Virologen beachtet und 3. der Fachbereich handele sehr gewissenhaft für das Wohlergehen von Kindern und ihren Familien mit dem Ziel, ihren Alltag so gut es möglich wäre zu entlasten. Dieses Ziel würde alle Akteure verbinden.

Frau Drews führt aus, dass die Abteilung Jugend in zwei große Bereiche aufgeteilt sei. Zum einen würden im präventiven Bereich insbesondere die Schulsozialarbeit, der schulpsychologische Dienst, die Jugendberufshilfe und die Offenen Türen (Spielhaus Kennedypark, OT Talstraße) agieren. Neben der Erarbeitung von angepassten Konzepten und vereinzelt Sommerangeboten würden die Kolleginnen und Kollegen versuchen, den Kontakt zu den Kindern und Familien zu pflegen und somit im Bedarfsfall schneller reagieren zu können, beispielsweise werde auch (Spiel-) Material vorbei gebracht. Zum anderen seien die Sozialraumteams in den Bereichen Meldungen von Kindeswohlgefährdungen, Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe tätig. Hier könne seit Beginn des Shutdowns beobachtet werden, dass die Meldungen auf Kindeswohlgefährdungen zurückgegangen seien. Wohingegen im Zeitraum Januar bis Februar 2020 noch 264 Meldungen eingegangen seien (30 pro Woche), seien im Zeitraum 01.03. bis einschließlich 26.04.2020 lediglich 50 Meldungen (6,25 pro Woche) verzeichnet worden. Dies könne damit zusammenhängen, dass einige der Hauptpartner bei den Meldungen, wie KiTas, Schule, Kinderärzte und Polizei, nicht mehr oder nur noch eingeschränkt Kontakt zu den Kindern hätten. Im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung fände ein reger telefonischer Kontakt mit den Familien statt, sodass die dortigen Bedarfe in diesen Gesprächen kommuniziert werden würden. Auch würden sich Familien nach wie vor an Erziehungsberatungsstellen wenden, die Kontakte fänden auch hier in der Regel telefonisch oder per Mail und in Ausnahmefällen auch persönlich unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen statt. Bei den stationären Maßnahmen seien die Besuchskontakte ausgesetzt worden. Insgesamt könne jedoch weder ein positiver noch ein negativer Trend bestätigt werden. Sowohl in den Aachener Einrichtungen als auch in der Verwaltung sei die Personaldecke stabil.

Herr Breuer zeigt einen kurzen Film, der gemeinsam von den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowohl in der Stadt Aachen als auch in der StädteRegion, zusammengestellt worden sei. Der Beitrag zeigt einige Einrichtungen, die sich und ihre an die Situation angepassten Angebote vorstellen, wie beispielsweise erweiterte Internetauftritte, Angebote über Social Media-Kanäle (wie beispielsweise Podcasts, Online-Vorlesungen, Anleitungen, Übungen, gemeinsames Singen oder Kochen), Hilfsangebote für Familien, Bereitstellen von Materialien, Koch- und Carepakete und ähnlichem.

Herr Brehm erläutert in seiner Funktion als Sprecher der Offenen Einrichtungen, dass der Shutdown für diese sehr überraschend gekommen sei. Mit den Angeboten würden die Einrichtungen versuchen, die Kontakte zu den Kindern und Familien so gut wie möglich zu pflegen. Besonders zu Beginn der Maßnahme habe eine große Verunsicherung bei allen Beteiligten geherrscht, aber zwischenzeitlich seien viele kreative Angebote entwickelt worden, teils auch gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen. Allerdings habe sich vor allem anfangs ein Aktionismus entwickelt, da jede Einrichtung bestrebt war, ein breites Portfolio aufzustellen. Es sei jedoch wichtig, dass jede Einrichtung versuche, ihr bisheriges Angebot auf die veränderte Situation anzupassen und sich nicht selbst unter Druck zu setzen, indem sie sich an anderen Einrichtungen orientiere. Gleichzeitig appelliert er an die Politik, sukzessive Lockerungen zuzulassen. Einige Einrichtungen würden beispielsweise über größere Räume verfügen, die durchaus von kleineren Gruppen genutzt werden könnten.

Frau Fischer berichtet aus dem Bereich KiTas und Kindertagespflege. Gemeinsam mit der StädteRegion Aachen habe zu Beginn des Shutdowns eine Clearingstelle eingerichtet werden können, um zu prüfen, welche Eltern einen Anspruch auf eine Notbetreuung für ihr Kind bzw. ihre Kinder hätten. Sie sei sehr dankbar für die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen. Auch von Seiten der KiTas und der Freien Träger seien positive Rückmeldungen gegeben worden. Mit dem Erlass vom 26.04.2020 sei der Anspruch erweitert worden für die Gruppe alleinerziehender Erwerbstätiger, sodass die Klärung der Fälle nun einvernehmlich von jedem Jugendamt eigenständig übernommen worden sei. Die Stadt Aachen werde die Clearingstelle für die Aachener KiTas jedoch weiter aufrechterhalten. Zum Stand 28.04.2020 seien für die Stadt Aachen 1.167 Anträge positiv beschieden worden, in denen entweder ein oder beide Elternteile Schlüsselpersonen gewesen seien oder in denen das Kind aufgrund einer Empfehlung des Jugendamtes aus Kinderschutzgründen eine Notbetreuung in Anspruch nehmen dürfe (58 Fälle). Weiterhin seien 9 Anträge abgelehnt worden und weitere 3 befänden sich noch in Klärung. Die KiTas und Freien Träger würden aktuell intensiv begleitet. Es hätten sich allerdings zwei grundlegende Konfliktfelder heraus kristallisiert: zum einen würden Eltern teilweise erwarten, eine Notbetreuung im Umfang der gebuchten Betreuungsumfänge zu erhalten und nicht ihrem tatsächlichen Bedarf entsprechend, der durchaus geringer ausfallen könne. Zum anderen bestehe oftmals ein Dissens dahingehend, ob das Kind gesund sei oder nicht. Hier sei die Stadt Aachen an strenge Vorgaben gebunden, auch Kinder mit leichten Erkältungssymptomen von der KiTa auszuschließen. Insgesamt würden die Kommunikation und die Kooperation jedoch gut verlaufen, es handele sich bei den vorgenannten Konfliktfeldern um Einzelfälle. Inzwischen seien rund 90 % der KiTas wieder geöffnet, allerdings sei die Spannbreite zwischen den betreuten Kindern sehr unterschiedlich (zwischen 1 und 30 Kindern pro KiTa). Auch die KiTas würden versuchen,

den Kontakt aufrecht zu erhalten, beispielsweise durch Anrufe an die Kinder oder das Versenden von Materialien.

Im Bereich der Kindertagespflege würden zurzeit 68 Kinder von 39 Fachkräften betreut. Der Verein für Familiäre Tagesbetreuung e. V. führe seit Anfang April digitale Elterninformationsveranstaltungen durch, sodass freie Plätze nach wie vor vergeben werden könnten. Die Anmeldung sei über die Website des Vereins möglich, es finde auch eine telefonische Beratung statt.

Die Stadt Aachen bemerke jedoch enorme Auswirkungen auf die Auswahlverfahren für neue Erzieherinnen und Erzieher, es habe einen massiven Einbruch der Bewerberlage gegeben. Hinzu komme, dass Personen über 60 Jahre oder mit Vorerkrankungen oder Schwangere nicht eingesetzt werden würden. Weiterhin müsse die Stadt Aachen in letzter Konsequenz einen Personalmangel bei Freien Trägern ausgleichen, sofern dieser nicht trägerintern oder –übergreifend die Möglichkeit hierzu hätte. Dies führe dazu, dass der ohnehin bestehende Fachkräftemangel ausgeweitet würde. Hier bemühe sich die Verwaltung um Lösungsansätze.

Herr Kaldenbach berichtet, dass mit Beginn des Shutdowns unmittelbar erste Anfragen von Freien Trägern und selbständigen Kindertagespflegepersonen in der Abteilung Finanzmanagement eingegangen seien, da die bisherige Finanzierungsstruktur weggefallen sei. Die Abteilung sei jedoch sowohl verwaltungsintern als auch auf Ebene des Städtetages eingebunden und habe bereits erste einvernehmliche Lösungsansätze für die Bereiche KiTas, Kindertagespflege und OGS finden können. Handlungsleitend sei die Sicherung der Betreuungsstrukturen während der Schließungen und insbesondere auch für die Zeit nach der Krise. So werde unter anderem die Finanzierung wie bisher sichergestellt, losgelöst von der tatsächlichen Belegung der Einrichtungen. Dennoch gebe es auch viele weitere, kleine Angebote, für die ähnliche Lösungen gefunden werden müssten. Er hoffe, dass die Verhandlungen weiterhin so positiv verlaufen würden. Ein besonderer Aspekt im Rahmen der Diskussionen seien die Elternbeiträge gewesen. Wenn das Kind die Einrichtung nicht besuchen dürfe, würden die Eltern natürlich bevorzugen, keine Beiträge zu zahlen. Hier verweist er auf die entsprechenden Vorlagen (neu TOP Ö 13 und 13.1). Am Vorabend zur heutigen Sitzung sei zudem die Mitteilung des Landes gekommen, dass die Elternbeiträge auch für den Monat Mai ausgesetzt werden würden und die Kosten von Land und Kommunen zu gleichen Teilen getragen werden sollten. Insgesamt habe die Verwaltung vor der Herausforderung gestanden, innerhalb von kürzester Zeit möglichst unbürokratisch und pragmatisch Lösungsansätze für bislang nicht gekannte Problemfelder zu entwickeln und abzustimmen. So sei die von Frau Fischer beschriebene Clearingstelle montags an den Start gegangen und erst an dem Freitag zuvor konzipiert worden. Dies sei dann innerhalb eines Tages von Vordrucken über Abläufe, Meldewege, Ausstattung mit PC-Arbeitsplätzen bis hin zur Programmierung einer eigenen Software für die Erfassung und Verwaltung der Fälle umgesetzt worden.

Frau Scheidt bedankt sich für die ausführlichen Berichte, welche ihrer Ansicht nach darstellen, dass die Corona-Situation in Stadt und StädteRegion Aachen gut bewältigt werden würde. Sie lobt daher alle beteiligten Akteure aus Verwaltung und von Seiten der Freien Träger für die gute und strukturierte Arbeit trotz aller bestehenden Herausforderungen und Unwägbarkeiten. Diese Arbeit sei zudem nahezu geräuschlos erledigt worden, sodass keine Sorgen unter der Bevölkerung geschürt worden seien. Gleichzeitig habe sie registriert, dass besonders von Regierungsseiten das Wort „Systemrelevanz“ eine

überaus hohe Bedeutung erhalten habe. Ihrer Meinung nach seien jedoch vor allem die Kinder systemrelevant und hätten somit alle Unterstützung verdient, welche aufgeboten werden könne. Sie sei zunehmend besorgt um das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen und bittet darum, dass von der Verwaltung und Politik gemeinsam Lösungsansätze entwickelt werden, um ihre Situation wieder zu verbessern. Beispielsweise könne darüber nachgedacht werden, kleinere Angebote in den Sommerferien zu entwickeln. Dies sei allerdings mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden als die Ferienspiele in ihrer bisherigen Form, da weniger Kinder durch eine höhere Anzahl von ehrenamtlich Tätigen betreut werden müssten.

Herr Paul schließt sich den Ausführungen von Frau Scheidt an und betont, dass den Kindern eine Perspektive gegeben werden müsse. Insbesondere der Kontakt zu Gleichaltrigen müsse wieder möglich gemacht werden. Gleichzeitig kritisiert er, dass in den aktuellen politischen Debatten die KiTas wieder reduziert werden würden auf „Verwahranstalten“, welche durch die Notbetreuung die Arbeitsfähigkeit der Eltern aufrechterhalten würden. Dabei sei besonders die frühkindliche Bildung für die Entwicklung der Kinder wichtig.

Auch Frau Weyer berichtet, dass sich die Situation in den Familien zunehmend anspannen und sie an den Rand ihrer Möglichkeiten geleitet werden würden. Jedoch seien manchen Familien manche Möglichkeiten nicht bekannt, wie beispielsweise das Angebot der Notbetreuung oder dass sie durchaus mit ihren Kindern nach draußen gehen dürften. Sie erkundigt sich daher danach, ob diese Möglichkeiten nochmals veröffentlicht werden könnten. Der Abenteuerspielplatz verfüge über rund 10.000qm Außenspielfläche, die derzeit ungenutzt bleibe. Auf diesem Platz könnten sich Kinder aufhalten unter Wahrung der notwendigen Abstände.

Herr Krott betont, dass sowohl die Verwaltung als auch der Fachausschuss selbstverständlich das Ziel verfolgen würden, bestmögliche Bedingungen für Kinder und ihre Familien zu schaffen. Dennoch sei die Verwaltung an die bestehenden Erlasse und Verordnungen gebunden und obwohl die Notwendigkeit von Lockerungen gesehen werde, seien sie nur im Rahmen der Vorgaben möglich.

Herr Pauls berichtet von seiner Erfahrung, dass manche Familien, die zu Beginn des Shutdowns noch eine Notbetreuung benötigt hätten, mit Erweiterung der Zugangsvoraussetzungen die Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes abgelehnt hätten. Er habe somit den Eindruck gewonnen, dass einige Familien sich zwischenzeitlich mit der Situation arrangiert hätten. Er stimme Frau Weyer zu, dass Möglichkeiten geprüft werden sollten, ob größere Räume und Spielflächen für Angebote infrage kommen könnten.

Herr Breuer ist erfreut über die Wertschätzung für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Einrichtungen stünden derzeit vor der Herausforderung, sich und ihre Arbeit neu zu definieren. Zudem würden bereits jetzt Szenarien entwickelt für den Fall, dass in den Sommerferien wieder Angebote eingerichtet werden könnten. Hierfür sei eine Vorlaufzeit notwendig.

Herr Tillmanns erkundigt sich danach, ob es bereits eine Vorgehensweise in Bezug auf die Kinder und Familien gebe, die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten würden. Über diese Leis-

tungen werde den Kindern ein Mittagessen in ihren jeweiligen Bildungseinrichtungen finanziert, welches nun weg falle und von den Eltern getragen werden müsse. Er sei besorgt, dass sich mit der Corona-Situation eine neue Welle von Hunger und Armut entwickeln werde. Daher möchte er bereits jetzt für diese Thematik sensibilisieren. Er stimme seinen Vorrednern zu, dass nun Konzepte entwickelt werden müssten für die aktuelle Situation sowie für die Zeit nach dem Shutdown. Gegebenenfalls könnten Konzepte direkt an den Krisenstab der Stadt Aachen gegeben werden.

Frau Schwier bestätigt, dass jedes Handeln der Verwaltung streng an den gesetzlichen Vorgaben ausgerichtet sei. Infolge dessen müssten Spielplätze sowie Sportanlagen geschlossen bleiben. Sie bittet darum, Konzepte jedoch nicht direkt an den Krisenstab, sondern an den Fachbereich Kinder, Jugend und Schule zu schicken.

Herr Brehm erläutert, dass seine Einrichtung derzeit die Ferienspiele so plane, als würden sie wie gewohnt stattfinden. Er selbst erachte es allerdings auch für schwierig, die Maßnahmen zu früh zu lockern, da er nicht nur eine Verantwortung für die Kinder habe, sondern auch für seine Beschäftigten.

Herr Krott greift zudem den Hinweis von Frau Weyer auf, die aktuellen Möglichkeiten für Familien zu veröffentlichen. Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis mit.

Abschließend bedankt er sich bei allen Akteuren für die gute Arbeit.